Mit dem Klimakampf werfen wir unser Geld wenigstens selbst zum Fenster hinaus, bei Klimafrieden macht es mit unserem Geld die EU

geschrieben von Chris Frey | 30. September 2019

Auf einen (teuren) Kaffee mit Kevin Kühnert

Wer sich das Werbevideo des kleinen SPD-Kevin anhört, bekommt einen gerafften Auszug über den argumentativen Wahnsinn, der von unserer hohen Politik beim Klima(kr)ampf betrieben wird.

Im Video plaudert Kevin mit Herrn Dr. Miersch, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und zuständig für die Bereiche Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit; Energie; Ernährung und Landwirtschaft sowie Tourismus.
Was für eine Exzellenzausbildung hat Herr Miersch, um dieses umfangreiche und anspruchsvolle Themengebiet inhaltlich zu beherrschen: Er hat ein Studium der Rechtswissenschaft und dazu eine Promotion, Dissertationsthema: *Eine Untersuchung zum Verhältnis Gesetzgeber, Gesetz und Richteramt seit dem 18.Jahrhundert*

Kevin, der mit diesem Exzellenz-Fachmann zum Klima ein investigatives Interview führt, hat dazu als Ausbildungsgrundlage: *Ein abgebrochenes Studium Publizistik und Kommunikationswissenschaft und ein ruhendes Studium der Politikwissenschaft.*

Eingebettetes Video Youtube: Auf einen Kaffee mit Kevin Kühnert Folge 17 Klimapolitik im Gespräch mit Dr. Matthias Miersch. Falls der Aufruf nicht klappt, der *Link*

Gewappnet mit dieser Vorbildung belegen sich beide, wie wichtig, unverzichtbar und weltrettend der Deutsche Kampf gegen den Klimawandel ist und warum das auch alle Bürger verstehen müssen.

Wenn Deutschland etwas unterschreibt, hält es das bis zum bitteren Ende auch ein, selbst wenn es gar nicht sein muss …

Immer neu sollte man sich in Erinnerung rufen, zu was sich die Welt mit dem Klimavertrag, heißt, die Staaten, welche ihn unterschrieben haben, wirklich verpflichteten:
Welt-Klimavertrag: *… zum Erreichen des in Artikel 2 genannten langfristigen Temperaturziels sind die Vertragsparteien* ***bestrebt, so***

bald wie möglich *den weltweiten Scheitelpunkt der Emissionen von Treibhausgasen zu erreichen …*
Es wird noch weicher:
[2] Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.: *Die freiwilligen Selbstverpflichtungen des Pariser Klimavertrags*
-Dieser „bottom-up“ Ansatz bedeutet, dass jedes Land ohne Vorgaben der UN den Umfang seiner Klimaschutzprioritäten und -ambitionen selbstständig festlegen darf.

… und unterlegt sich voller Stolz, vorbildhaft die härtesten Auflagen

[2] -Verschiedene Länder beziehen sich auf unterschiedliche Basisjahre die sie als Grundlage Ihrer Reduktionsziele heranziehen. So beziehen sich beispielsweise Kanada, Australien und Brasilien ***auf das Basisjahr 2005****. Während sich die EU Länder auf das Basisjahr 1990 beziehen.*
-Eine Vielzahl von Ländern formulieren ***keine absoluten Mindestreduktionsziele****.*

Viele Länder machen nur mit, wenn sie dafür mehr bekommen (aus dem Welt-Klimafond), als sie ausgeben:
-Formulierung der Reduktionsziele ***in Abhängigkeit zur internationalen Unterstützung*** *unter Gesichtspunkten von: Klimafinanzierung (beispielsweise Ägypten Afghanistan, Moldavien), Capacity Buliding (beispielsweise: Indien, Indonesien, Kenia) und Technologie-Transfer (beispielsweise Brasilien, Bolivien, Mongolei).*

(Geber-)Länder (wie Deutschland) mit Vernunft in ihren politischen Eliten, hätten einen solchen Vertrag, bei dem nichts geregelt ist, außer, dass die reichen, westlichen Länder die Verpflichtung zu nicht kontrollierbaren Transferzahlungen haben, niemals unterschreiben dürfen. Doch Frau Merkel wollte es und die damalige, schon fast wahnhaft klimahysterische Umweltministerin war mehr als gerne bereit, ihr diesen Wunsch zu erfüllen (sonst wäre sie ja niemals im politischen Leben von Frau Merkel Umweltministerin geworden). Doch demonstriert es den Verfall und Zustand unseres Parlaments unter Frau Merkel:
[3] EIKE 04.10.2016: *Klimavertrag von Paris im Bundestag erreicht 100 % Zustimmung. Die DDR Volkskammer lässt grüßen*

Doch ist eigentlich nichts verloren, denn der Vertrag hat eine einfache Ausstiegsklausel:
Welt-Klimavertrag: *(1) Eine Vertragspartei kann jederzeit nach Ablauf von drei Jahren nach dem Zeitpunkt, zu dem dieses Übereinkommen für sie in Kraft getreten ist, durch eine an den Verwahrer gerichtete schriftliche Notifikation von diesem Übereinkommen zurücktreten.*

Bisher hat nur ein kluger Staatsmann der Geberländer den Unsinn dieses (kurzen) Vertrags erkannt – vielleicht, weil er ihn durchgelesen hat – und diese Austrittsklausel genutzt (die Mehrzahl der Staaten verdienen risikolos an den Transfers und werden deshalb kaum aus dem für sie so

vorteilhaften Vertrag austreten).

Und was macht Deutschland: Das Gegenteil. Je schlimmer die Maßnahmen und die Kosten werden, umso verbissener hält es daran fest.

Pflichten über Pflichten

Seitdem dreht sich ein erheblicher Teil im Berliner Politzirkus um diesen ominösen Vertrag. Irgend welchen Personen ist es gelungen, (für das willige) Deutschland aus den im Vertrag selbst fehlenden, technischen Vorgaben Verpflichtungen abzuleiten. Zumindest hat sich Deutschland welche auferlegt und wie ein Büßer kasteit es sich zunehmend damit:
[1] Video: Miersch: … *im Koalitionsvertrg ist vereinbart, dass wir noch 2019 ein Klimaschutzgesetzespaket verabschieden das die Einhaltung der Klimaziele, zu denen sich Deutschland 2030 gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft verpflichtet hat, dass dieses Klimaschutzgesetz auf den Weg verabschiedet wird ….*
… abgeleitet von den Pariser Klimahauptzielen, denn Paris hat das Jahr 2050 eigentlich vor Augen … aber daraus abgeleitet gibt es Minderungspflichten schon im Jahre 2030, National auch 2020 … da haben wir bei den Koalitionsverhandlungen festgestellt: 2020 werden wir nicht erreichen. Und daraus haben wir die Konsequenz gezogen und gesagt, wir wollen das ganze verbindlich machen, wir wollen gesetzlich fixieren, dass wir die Ziele 2030 wirkliche einhalten. und diese gesetzgeberischen Vorarbeiten, die laufen jetzt auf Regierungsebene, deswegen sitzen die Minister die augenblicklich für Energie ect. zuständig sind. Also der Wirtschaftsminister, die Wandwirtschaftsministerin, die Umweltministerin, der Finanzminister mit der Kanzlerin zusammen im sogenannten Klimakabinett um diese Gesetze vorzubereiten.

Wenn wir das Geld nicht selbst hinausschmeissen, müssen wir es als Strafe an die EU in zwei- bis dreistelligen Milliardenbeträgen abgeben

Der ganze Irrsinn, in den sich Deutschland freiwillig manövriert hat, wird im Kern in einer kurzen Sequenz sichtbar:
[1] Video: Miersch: … *Das zweite große ist … das Thema Klimaschutzgesetz. .. deshalb wollen wir im Rahmen des Klimaschutzgesetzes vorschreiben, dass die Ministerien liefern müssen. Machen sie nichts, soll ein Sanktionsmechanismus greifen. Denn wir werden … wenn wir unsere Ziele zum Beispiel im Verkehrssektor nicht erreichen,* ***richtig viel Geld an die Europäische Union zahlen*** *…*
Kühnert: *Im nächsten Jahr schon?*
Miersch: *Genau. Das kann steigern sich bis 2-, dreistelligen Milliardenbeträgen ins Jahr 2030. Und die können unseren Bundeshaushalt enorm belasten. Und deswegen sagen wir: Es muss Druck sein, Druck in die einzelnen Ministerien hinein und deshalb brauchen wir einen Mechanismus ...*

Aus dem unverbindlichen Klimavertrag, eigentlich einer unverbindlichen Absichtserklärung, hat Deutschland über die EU-Zentrale (und die dort platzierten „Hinterzimmerpolitiker“, oft im eigenen Land nicht mehr gewünschte ~~Versager~~ „Minderleister“) ein Gesetzespaket geschnürt, welches bei nicht Einhaltung von fiktiven Klimavorgaben – die sich alle ausschließlich auf CO2-Minderung beziehen – drakonische Geldstrafen vorsieht.
Da diese am nationalen Parlament vorbei aus der EU-Zentrale kommen, wird nun so getan, als wären diese „vom Himmel gefallen“ und ein Sakrileg, welches weder diskutiert, noch angetastet werden könnte.
Ein wesentlicher Grund dafür: Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, dass EU-Recht automatisch Landesrecht bricht, unser nationales Parlament also vertraglich (ohne dass es eine der etablierten Parteien irgendwie stören würde!) vorsorglich entmachtet wurde. Die origiäre, juristische Sichtweise: Gesetze sind dazu da, um nach den Buchstaben umgesetzt zu werden und nicht, um über deren Sinn und Notwendigkeit zu diskutieren.

Nach dem Sinn fragt niemand mehr. Klimafachperson ist jeder*in, wer die CO_2-Minderungsziele weiß und stur umsetzt

Es ist und bleibt erschreckend: Niemand macht sich mehr Gedanken darüber, ob eine CO2-Reduzierung überhaupt sinnvoll und notwendig ist. Seitdem politisierende „Fachleute“ verkündet haben, dass das alternativlos sei, wird es geglaubt und darf auch nicht mehr hinterfragt werden, unsere Bundeskanzlerin dabei ganz vorneweg:
The European 19.09.2019: *Frau Merkel, Regierungserklärung* ***Der Klimaschutz ist eine Menschheitsherausforderung***
… Das ist unsere Verantwortung, weil wir sehr viel CO2 und andere klimaschädliche Gase bereits emittiert haben ….
Aber diese Grundentscheidung, ob wir diese Verantwortung haben oder ob wir sie nicht haben, müssen wir miteinander treffen.
Wir müssen auch die Grundentscheidung treffen, ob wir das Risiko eingehen wollen, zu sagen: „Der Klimawandel ist gar nicht menschengemacht, vielleicht vergeht das alles“, oder ob wir der Meinung sind: Es gibt so viel Evidenz dafür, dass der Mensch mit dem Klimawandel etwas zu tun hat, dass wir verpflichtet sind, mit Blick auf die zukünftigen Generationen auch zu handeln. Das ist die Herausforderung …

Eine der seltenen Male, wo unsere Kanzlerin eine Meinung hat

Den von Skeptikern oft geäußerten Einwand, dass alle Maßnahmen Deutschlands im Kern wirkungslos sind, bringt unsere Kanzlerin mit ihrer Meinung zum Schweigen. Moderne Beweisführung eben: Wenn Politiker etwas sagen, haben diese immer Recht:
[6] … Wer der Meinung ist, dass, weil wir nur 2 Prozent der Emissionen verursachen, diejenigen Länder, die die übrigen 98 Prozent der Emissionen verursachen, sich darum kümmern sollen, der irrt meiner Meinung nach …

Dabei jongliert sie gekonnt mit „Wahrheiten“, die alleine durch die Erwähnung belegt sind. Für Sie ist die „Herausforderung“ damit geklärt: Der Kampf gegen das Klima ist ohne Wenn und Aber und Kostenbetrachtung zu führen, denn Deutschland muss Vorbild sein.
Jeder Politiker (und darauf angewiesene) weiß inzwischen: Wenn unsere unfehlbare Kanzlerin etwas vorgibt, ist es zu erfüllen. Wer dagegen opponiert oder auch nur zaghaft ist, hat sich damit sein sicheres, politisches Grab geschaufelt. Frau Merkel kennt keine Gnade, nur unendliche Geduld, um auf den genau richtigen „Mordzeitpunkt“ zu warten.

Unser Bundespräsident hat das auch erkannt *[10]*. Auch er „weiß“, dass Deutschland beim Klimakampf Vorreiter sein muss. Seine Begründung: Der Ruf Deutschlands erfordert es. Seine fachliche Begründung: „*Die alarmierende Dynamik des Klimawandels lässt uns keine Wahl*“.

Es findet sich kein Hinweis oder Gedanke dazu, dass sich seit der zum Glück vergangenen Kaltzeit die Wetterextreme verringert haben, die bei den vielen, angeblich immer schlimmer werdenden Extremereignissen eigentlich kurz vor der Pleite dahinsiechenden Rückversicherer in Geld nur so schwimmen und die Ernteergebnisse weltweit explosionsartig gestiegen sind. Dass der „Erfinder“ des Hockeystick auch nach 20 Jahren seine Daten noch nicht offengelegt hat und sich trotzdem „die ganze Welt“ auf diese Grafik verlässt, ist nur ein weiterer Treppenwitz der Klimageschichte.

Das gelingt nur, weil selbst bei „Fachpersonen“ nur ernüchterndes Klimawissen vorliegt (im Kern nur das offiziell „erlaubte“) *[4]*.

Eine „Klimafachfrau“ mit extra verkündetem Fachstudium „Klima“ bei der Umweltbehörde in der Stadt des Autors, erklärte auf eine Anfrage zu einer von der Behörde initiierten und finanziell unterstützten Klimaschulung von Kindern, vorgenommen ausschließlich anhand von Schulungsmaterial von German Watch, dass sie das Material nicht aussuche, auch nicht kenne, es aber einen Preis erhalten hat und damit geeignet sei. Eine neu eingestellte Klimamanagerin wurde in der Zeitung vor allem mit der ihr zugewiesenen Aufgabe gepriesen: … *kümmert sich um Fördermittel*.

Noch gibt es „kleine Widerstandszellen“. Die werden wir aber auch ~~erledigen~~ überzeugen …

[1] Video: Kühnert: … *was sind die Knackpunkte im Vorfeld? Man hat ja den Eindruck: alle sind fürs Klima, alle beteuern wie wichtig das ist und dass man da was tun müsste. Aber wenn sich alle einig wären, was zu tun ist, dann müsstet ihr ja nicht mehr tagen … wo müsst ihr euch noch durchsetzen, damit das für die SPD ein zufriedenstellendes Ergebnis wird*
…
Miersch: … *ich spüre bei CDU/CSU, bei einigen Abgeordneten … noch Widerstände. …*

Vielleicht ist dabei gemeint:
The European: *Von Werte Union: Klimapaket ist ein Schlag ins Gesicht für alle Pendler*
… Die WerteUnion übt im Zusammenhang mit dem im Koalitionsausschuss verabschiedeten „Klimapaket“ scharfe Kritik. Ähnlich wie Präsident Macron in Frankreich vor einem Jahr, hat nun auch die anscheinend SPD-geführte schwarz-rote Bundesregierung eine inszenierte Klimakampagne für massive Steuererhöhungen missbraucht, obwohl der erst Anfang 2018 unterschriebene Koalitionsvertrag genau solche Steuererhöhungen ausschließt …
… Die ab 2026 angekündigte massive Erhöhung des Benzinpreises wird durch die lächerlich niedrige Erhöhung der Pendlerpauschale nicht einmal ansatzweise kompensiert. Das Verbot von Ölheizungen ist eine absurde Gängelung der Bürger, die ohnehin schon mit den weltweit strengsten Energiesparauflagen und den höchsten Strompreisen aller Zeiten zu kämpfen haben. Das „Klimapaket“ setzt insgesamt auf Maßnahmen, die schon in der Vergangenheit keinen Beitrag zu CO2-Reduzierung geleistet haben, wie die von Rot-Grün eingeführte Ökosteuer oder die kopflose Energiewende mit dem Ausstieg aus der CO2-neutralen Kernenergie. Der mit etwa 2 % verschwind geringe Anteil Deutschlands am weltweiten CO2-Ausstoß ist ohnehin so gering, dass die heute beschlossenen Steuererhöhungen, Verbote und Bürokratie völlig unverhältnismäßig sind. Dazu stellt Alexander Mitsch, Bundesvorsitzender der WerteUnion fest: „Weder der zwischen Union und SPD geschlossene Koalitionsvertrag sieht die jetzt beschlossenen Steuererhöhungen vor, noch die Wahlprogramme von CDU oder CSU. Unter dem Bruch des wichtigsten Wahlversprechens erhöht die Bundesregierung die Steuern. Und das in Zeiten höchster Abgabenlast und der höchsten Staatseinnahmen aller Zeiten.“

Nur, wen interessiert die Meinung dieser CDU-“Alibimotzer“, nachdem auch die CSU vorbehaltlos auf die Merkellinie eingeschwenkt ist, diese sogar überholt?

Die GRÜNEN mache es sich noch leichter: Ihre Führung zeigt, dass man gar keine Ahnung von dem hat, was der Vertrag für finanzielle Auswirkungen auf die Betroffenen bedeutet:
Tichys Einblick: *Habecks Unkenntnis zur Pendlerpauschale*
… Es war kein Blackout, als Grünen-Chef Robert Habeck im „Bericht aus Berlin“ vorzurechnen versuchte, dass sich Pendler durch die neuesten Beschlüsse der Bundesregierung künftig sogar noch bereichern: Weil der Benzinpreis nur um drei Cent pro Liter steigen soll, die Pendlerpauschale aber um 5 Cent. „Einen Anreiz zu geben möglichst weite Distanzen zu fahren ist klimapolitisch Wahnsinn“, dozierte Habeck, der offenbar glaubt, dass Pendler aus steuerlichen Gründen gern noch eine Extrarunde einlegen. Die Neureglung sei der falsche „Anreiz“, so der Grünen-Vorsitzende: „Da lohnt es sich eher mit dem Auto zu fahren als mit der Bahn.“
Nun hatten schon etliche andere Autoren ausgeführt, dass an Habecks Darlegung rundum alles dumm, falsch und von Ahnungslosigkeit geprägt ist: Die Entfernungspauschale – so die korrekte Bezeichnung – ist seit

2001 verkehrsmittelunabhängig, sie gilt selbst für Fußgänger. Ausgenommen ist nur das Flugzeug. Erhöht um 5 Cent wird die Entfernungspauschale von derzeit 30 Cent pro Kilometer auch erst ab dem 21. Kilometer des Gesamtweges. Und die Pauschale bekommt der Pendler nicht etwa ausgezahlt. Sie reduziert nur seinen Steuerbetrag. Wer täglich 30 Kilometer pendelt, darf also künftig 50 Cent zusätzlich von der Steuer absetzen.
Es gibt im Weltbild des Parteivorsitzenden noch einen Punkt, der über das Milieu, aus dem er stammt, möglicherweise mehr sagt als seine steuerliche Inkompetenz …

Wir müssen alle Anstrengungen verstärken, denn unsere dadurch selbst geschaffenen Probleme nehmen bald überhand

Herr Miersch hat die grundlegenden Probleme der Ökonergie nicht verstanden. Seine Lösungsargumentation ist geradezu hanebüchen, entspricht aber der allgemeinen Meinung. Dass die Ökoenergie keine Grundlast liefern kann und dafür keine Lösung in Sicht ist, dass es aus rein physikalischen Gründen keine bezahlbaren Speichermöglichkeiten gibt (Es gibt nur die unglaublich teuren Akkus und die extrem verlustreiche Gasumwandlung), fällt ihm nicht ein.
Er weiß nur: Wir brauchen viel, viel mehr Energie und die machen wir mal einfach so mit noch mehr Öko und: Mit noch mehr Subventionierung.
Das Einzige, was er wirklich weiß, ist seine ideologische Überzeugung: Raus aus Kohle und Atom.
[1] Video: Miersch: *... ein ganz entscheidender Knackpunkt ist für mich der Ausbau der Eneuerbaren Energien.*
Denn wir sagen: Wir wollen raus aus Atom, wir wollen raus aus Kohle. Da hat die Kohlekommission (Anmerkung: Eine Versammlung von nicht-Fachpersonen mit gesellschaftlichem „Habitus“) auf Vorschlag der SPD aus meiner Sicht einen wirklichen, gesellschaftspolitischen Konsens erreicht. Aber den schaffen wir nur, wenn wir gleichzeitig den Anteil der Erneuerbaren Energien erhöhen …
Kühnert: … *letztes Jahr so wenig neue Windräder wie seit immer schon nicht mehr …*
Miersch: … *und wenn wir das jetzt verändern wollen, dann werden wir gerade im Bereich der Erneuerbaren Energien gesetzliche Grundlagen schaffen müssen, die Fördern und nicht eher behindern … wir brauchen richtig viel Gigawatt jetzt bis zum Jahr 2030 und das ist ein zentraler Knackpunkt …*

Alle wollen es doch und noch viel mehr

Erkennbar wird jeder Wunsch zu einem Selbstläufer für weitere Steigerungen. Technische Gegebenheiten und Erfordernisse kommen bei diesem Wunschkonzert nicht vor, außer der technischen Forderung, dass wegen bald vorhersehbarem Strommangel mehr Erneuerbare Energie benötigt wird.
Dass dies schon alleine wegen fehlender Speicher nichts nutzt, wird

einfach beiseite geräumt: Unsere superklugen Ingenieure werden schon zur rechten Zeit ein passendes Mittelchen aus dem Hut zaubern. Das haben X Professoren zwar noch nicht geschafft, aber wenn wir deren Anzahl vervielfachen, kommt die Lösung mit Sicherheit vielfach schneller. Weil wir nicht wissen, ob das so funktioniert, verstärken wir das Controlling und drangsalieren die Zuständigen damit:
Kühnert: … *das ist den Meisten total begreiflich: Wenn wir aus Kohle und so weiter rauswollen und den Atomausstieg zu Ende bringen wollen, dann müssen die Erneuerbaren gehoben werden … aber geht da nicht noch mehr? .. je mehr wir die Erneuerbaren ausbauen, desto eher kriegen wir es hin, dass wir schon früher aus der Kohle aussteigen können?*
Miersch: *Absolut. … der Kompromiss beinhaltet schon viel, viel mehr, … werden wir alleine bis zum Jahr 2032 über 30 % der Kohlekraftwerkskapazitäten vom Netz nehmen parallel zum Atomausstieg. Bis 2030 dann nochmal rund 30 % und ich bin mir sehr sicher … wir werden Monitoring machen, das heißt, regelmäßig kontrollieren: Wieviel Anteile Erneuerbare Energien haben wir, wie sieht das mit dem Netzausbau aus, und davon abhängig kann natürlich auch eine Dynamik entstehen …*

Zum Glück gibt es inzwischen die Freitagshüpfer. Unisono werden diese von der Politik für ihr hohes Engagement und Klimawissen gelobt. Normalerweise sind Teilnehmer an Bevölkerungsprotesten „Pack“ oder „Arschlöcher“ (Ton von S. Gabriel), außer es ist die Antifa, für der Politik genehme Themen Demonstrierende und nun auch die Freitagshüpfer, mit denen sich alle freuen, dass endlich einmal Kinder über wesentliche Politik unseres Landes bestimmen wollen.

Man sollte denken, Erwachsene hätten eine Spur von Geschichtskenntnis und erinnerten sich, was solche instrumentalisierten Kinder in anderen Ländern schon an gewaltigen, kriegsähnlichen Zerstörungen angerichtet haben. Oder fragten sich: Welches „Wissen“ geben solche Schüler eigentlich wieder? Ihr eigenes kann es ja nicht sein, denn das kann man in dem Alter noch nicht haben.
Aber Geschichte wiederholt sich eben immer wieder. Einige Jahrzehnte lang war es fast ein Sakrileg, die Instrumentalisierung von Kindern wie im Dritten Reich und kommunistischen Staaten anzudenken. Unter einer in der DDR sozialisierten Kanzlerin ist es nun der Normalfall. Wäre nicht so schlimm, wenn es nur einzelne denken würden, doch unsere „Eliten“ und unsere Medien finden es einfach nur toll:
Augsburger Allgemeine 19.09.: *„ … Hunderttausende Kehlen wollen am Freitag den Klimaschutz herbei schreien. Hören sollen diesen Schrei die Kanzlerin und zahlreiche Minister, die sich am Freitag im Klimakabinett zusammensetzen und für dieses Land die wichtigste Weiche der nächsten Jahrzehnte stellen wollen. Die Erhitzung des Planeten zwingt die Regierung zu einer drastischen Reaktion, deren Folgen noch nicht überschaubar sind. Fest steht nur: Deutschland muss weniger Treibhausgas ausstoßen.*
Deutschland ist am rasanten Klimawandel als altes Industrieland schwer mitschuldig. Pro Kopf gerechnet gehören die Deutschen nach wie vor zu den größten Klimasündern der Welt, obwohl die Energiewende hier erfunden

wurde. Am Freitag und beim Vortreffen am Abend zuvor wird sich die Regierung also daran machen, die Welt zu retten. Und gleichzeitig sich selbst. Deutschland soll der Welt zeigen, wie ein reiches Land mit starker Industrie CO2-frei wird.“
Dazu auch unsere Bildungsstätten:
Tichys Einblick: *Klimawandertag Klimastreik: Erlaubt, gewollt und abgesichert – Willkommen bei der Staats-Demo*

Vati, uns geht es viel zu gut, du musst davon etwas abgeben

Man muss aber auch zugeben: Wann und wo gibt es ein so dummes Volk, das ihre Kinder auf die Straße schickt, um mehr Steuern für ihre Eltern zu fordern und sie dafür zu loben? In Frankreich war es umgekehrt. Und auch sonst gibt es (im Ausland) Politiker*innen, die so etwas skeptisch sehen: *[5] … Die frühere dänische Umweltministerin und Öko-Aktivistin Ida Auken sprach in diesen Tagen davon, dass die Gefahr für die Gesellschaften Europas nicht nur von den Gelbwesten ausgehen, die wie in Frankreich gegen die Zerstörung ihrer wirtschaftlichen Lebensmöglichkeiten protestieren. Es gebe noch gefährlichere „Grünwesten“, also solche, die in Deutschland auch „Grüne Khmer“ genannt werden.*
Diese Grünwesten drohen mit ihrem exaltierten Protest die wirtschaftlichen Grundlagen zu zerstören. Aus Angst vor den Grünwesten hat die GroKo ein Paket geschnürt, das jede Farbe von Westen zornig zurück lässt: Den Grünwesten kann das regierungsamtliche Pillepalle nicht weit genug gehen. Den Gelbwesten wird aufstoßen, dass sie Steuern dafür bezahlen, dass ihnen Arbeitslosigkeit droht.

Jedoch, Politiker, welche eine so seltene Möglich für zusätzliche Einkommenserhöhungen und Geldabschöpfungen auf ausdrücklichen Bürgerwunsch, ungenutzt verstreichen lassen würden, hätten ihren Job ja auch nicht verdient.
Und es muss für die Politiker wirklich wie in einem Märchen sein: Nachdem die ersten Kosten des Klimavertrages bekannt gegeben wurden, fordern alle sogar noch viel, viel mehr davon:
SZ 23.09.2019: Peter Altmaier geht in die Knie
… Weit und breit niemand, der das Klimapaket seiner Bundesregierung gut findet. Peter Altmaier allein gegen alle.
… Die Frage der Sendung, ob das Klimapaket ein großer Wurf oder eine große Enttäuschung sei, ist nach vier Minuten beantwortet. Ottmar Edenhofer, Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) und Berater der Regierung, erklärt: „Also mit diesem Programm können die Klimaziele nicht erreicht werden.“
… Noch in der Runde bei „Anne Will“ sind die Grünen-Vorsitzende Annalena Baerbock, der Zeit-Journalist Bernd Ulrich und Claudia Kemfert, Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Sie alle finden nur wenig Gutes im Klimapaket der Regierung, Kempfert sagt sogar voraus, dass der Deal ohnehin nicht lange halten werde. Schon Anfang nächsten Jahres werde sich herausstellen, dass noch mehr CO_2 eingespart werden müsse, dann werde der von der

Bundesregierung eingesetzte Expertenrat sagen: „Herr Altmaier, das reicht nicht.“
… Altmaier geht schließlich in die Knie. Es ist durchaus mutig, sich vor einem Millionenpublikum in den Staub zu werfen und zuzugeben, dass die Möglichkeiten auch eines Bundeswirtschaftsministers offenbar begrenzt seien. Zu sagen: „Wenn wir ehrlich sind, dann geben wir zu, dass wir alle Fehler gemacht haben.“ Ausgerechnet der beredte Herr Altmaier beklagt, dass es schwierig sei, Klimaschutz so zu kommunizieren, dass es alle Bürger verstehen und gutheißen. Er könne schließlich nicht verordnen, dass jeder „Anne Will“ anschauen muss, selbst wenn man nicht möchte (Anne Will bedauert das an dieser Stelle auch). Altmaier sagt: „Wir Politiker sind nicht allmächtig und auch nicht allwissend.“
So viel Machtlosigkeit ist Annalena Baerbock zu viel. Sie erinnert an die 1,4 Millionen Deutschen bei den Klima-Demonstrationen am Freitag. „Die waren auf der Straße, um zu sagen: ‚Politik, ihr müsst jetzt endlich handeln.

Das ist typisch Altmaier. Er weiß, dass seine Chefin jedes Wort der um ihn sitzenden Opposition unterstütz und gutheißt. Es kann oder darf nichts dagegen argumentieren, und das macht er mit Bravour. Der ideale Watschenmann, den man problemlos überall zum „Steinigen“ hinschicken kann und der niemals ein Sterbenswörtchen an eigenem Gedanken von sich geben würde.

Es erinnert stark an die Flagellanten im Mittelalter, welche sich selbst geißelnd durch die Lande zogen. Die machten das jedoch, weil sie dadurch teils verköstigt wurden, für sonst fast Verhungernde war das immer noch eine Lösung der „2. Wahl“ (die Bewegung hörte allerdings sofort auf, als das mit dem „Verköstigen“ eingestellt wurde). Heute machen es Bürger, weil sie überzeugt wurden, zu viel zu haben.

Wichtig ist, dass es auch den GRÜNEN gefällt

Miersch: *Ich bin mir relativ sicher: … denn das was da liegt ist weit mehr als Jamaika in den Verhandlungen vereinbart hat. Insofern bin ich auch gespannt, wie die GRÜNEN zu diesem Kompromiss stehen …*

Die Älteren schicken wir in den Ruhestand, die Jüngeren könnten sich ja umschulen (hat schon im Ruhrgebiet nicht funktioniert), aber es kling so schön

Das gepriesene Arbeitsplatzwunder der Ökoenergiebranche hat sich zwischenzeitlich in Deutschland ziemlich in Luft aufgelöst. Die Zahlen sind nur noch „akzeptabel“, weil inzwischen jeder kleine Installateur und Handwerker, der ab und zu nebenher auch ein Solarpanel installiert oder wartet, zum Ökogewinn-Arbeitsplatz und Gewinner gezählt wird.
Miersch: … *der Windbranche sind jetzt schon tausende von Arbeitsplätzen verloren gegangen … und wenn wir das jetzt verändern wollen, dann werden wir gerade im Bereich der Erneuerbaren Energien gesetzliche Grundlagen schaffen müssen*

Kühnert: … *aber was machen wir eigentlich mit den Beschäftigten …*
Miersch: … *es muss neben dem Kohleausstieg auch die Strukturentwicklung gewährleistet sein … niemand darf dort … ins Bodenlose fallen. und deswegen haben wir gesagt, wir brauchen Mechanismen … bei den Älteren … gibts das sogenannte Anpassungsgeld … das ist eine Brücke dann um Ruhestand … das ist gesetzlich machbar … das wollen wir jetzt auch im Bereich der Braunkohle machen … 40 Milliarden Euro die wir in den nächsten 20 Jahren in diesen Regionen verwenden, um zum Beispiel neue Technologien. also Wasserstofftechnologien dort in diesen Regionen, die Energie kennen, die auch Energieinfrastruktur haben zum Beispiel zu fördern. Aber auch neue Forschungszentren bis hin zu neuen Verkehrswegen die dann ermöglichen, dass sich Behörden etz dort ansiedeln ….*

Das sind genau die Ideen, aus denen Märchen geboren werden. Tichy hat es auf den Punkt gebracht:
[5] … Irgendwo zwischen 40 und 80 Milliarden werden in das Aus für die Braunkohle gesteckt – für jeden der 20.000 Arbeitsplätze zwischen 2 oder 4 Millionen EURO pro Kopf. Dafür werden dann Steinkohlekraftwerke den Strom liefern; die sind teurer und nur geringfügig sauberer, wenn man ihre globale Anlieferung mit berechnet.
… Das ist das Paket: Neue Ölheizungen werden subventioniert – aber ab 2030 verboten. Fördern und dann verbieten – das ist die geniale Idee der Vernichtung von Energie und Geld gleichzeitig. Frage ist nur: Womit heizen, wer ein Haus auf dem Berg und weit weg von einer Gasleitung hat – wobei auch andere Brennstoffe verboten werden. Kommt die Klimaerwärmung wirklich so schnell, dass Heizen überflüssig wird?

Sich einfach auf das Wetter einrichten, wäre viel teurer, als den Simulationsapokalypsen zu folgen …

Diese Aussage ist etwas fabuliert, denn das mit den Klimasimulationen hat Herr Dr. Miersch so nicht gesagt, er glaubt es nur. Denn die Klimafolgekostenberechnungen basieren nur auf Simulationen.
Das Umweltbundesamt hat vor nicht langer Zeit kundgetan, dass eine Tonne emittiertes CO2 genau 180 EUR Klimaschaden verursacht (wurde auf Klimahüpf-Veranstaltungen den Kindern laufend mitgeteilt). Hat das Umweltbundesamt mit seinem umfangreichen, gut bezahltem Mitarbeiterstab das selbst berechnet? Nein, es hat die Zahlen aus externen Klimafolgekostensimulationen errechnet bekommen und gleich weitergereicht. Dank solcher „Kompetenz“ werden aus Zahlen mit vielen, vielen Vermutungen, Annahmen und ~~Fehlern~~ Ungenauigkeiten, plötzlich bis zum Komma exakte Werte.
Der Autor hat versucht, die Datenbasis eines dieser Klimafolgekostenberechnungsprogramme zu ermitteln. Es ist für eine Privatperson – falls es überhaupt möglich wäre -, zu aufwendig. Er hat aber herausbekommen, worauf die Berechnungen basieren:
Man nimmt ein möglichst extremes Klimaszenario an. Damit bekommt man die „üblichen“ Folgen, wie steigende Meeresspiegel, mehr Dürren, mehr Hochwasser, mehr, mehr mehr … Dann berechnet man zum Beispiel, wie viele

Küstenlandstriche aufgrund (simuliert) exorbitant steigendem Meerespegel bis zum Jahr 2100 verlegt werden müssen und hat schon einen wesentlichen Teil der Klimafolgekosten ausgewiesen.
Das Problem: Wie wäre es ohne AGW-CO2 wirklich verlaufen, wie viel Positives hat und bringt das Klima eigentlich seit der letzten Kaltzeit *[7] [8]* , kommt darin nicht vor. Und die heiß und kontrovers gehandelte Fragestellung: Wie war das Klima der Vergangenheit *[9]* und wie viel des aktuellen ist damit überhaupt vom Menschen verursacht, auch nicht. Ob die Klimasimulationen überhaupt das Zukunftsklima und vor allem dessen Folgen richtig vorhersagen, sowieso nicht.

Einem politisierendem Umweltbundesamt macht das alles nicht aus. Treu und brav verkündet es einen fiktiven Schadenswert von genau 180 EUR/Tonnen CO2, von dem nur eines ganz sicher ist: Er stimmt hinten und vorne nicht. Ziemlich sicher könnte der Schaden bezüglich seiner Streubreite auch negativ (also von Nutzen) sein. Bis jetzt ist es eindeutig so.

Kühnert: … *kostet viel Geld .. verträgt sich das, was wir uns da vorgenommen haben, was ja keinen Aufschub duldet, denn das Klima lässt uns ja nur eine bestimmte Zeit … können wir nur in den nächsten Jahren lösen und da ist das Klima wichtiger als der ausgeglichene Haushalt ...*
Miersch: … *ich finde diese Diskussion absurd … das Erste ist, dass wir endlich begreifen: wir können mit der Natur, mit dem Klima nicht verhandeln. Was würde es bedeuten an Folgekosten, wenn wir nichts tun? Da werden dreistellige Milliardenbeträge für alle in Deutschland dann fällig, weil wir durch klimatische Veränderungen … Das sehen wir jetzt schon was mit dem Wald passiert … Es werden Folgen sein, die noch viel massiver sind und deswegen würde es den Haushalt uferlos belasten, wenn wir jetzt nichts tun …*

Eigentlich ist es doch auch vollkommen egal, ob es wirklich notwendig ist. Viel wichtiger ist: Wir müssen der Welt ein Vorbild sein

Miersch: … *das Zweite ist: Wir müssen beantworten … wenn wir die Klimaziele 2030 einhalten wollen und ich halte das für essentiell, weil wir auch Vorbild sein müssen für andere Staaten. Wenn wir nichts tun, mit unserem know how, mit unserer Geld- beziehungsweise Finanzierungsmacht, dann wird es ganz wenige Nachahmer geben …*

Wie schon vorher erwähnt: Unser Bundespräsident denkt nicht nur genau so, sondern noch weiter vorneweg. Deutschland darf alles verlieren, aber bitte nicht seinen Ruf ~~als weltweiter Zahlmeiste~~r bezüglich seiner Klimapolitik *[10]*.

Für den Krieg gegen das Klima darf sich der Staat beliebig

verschulden (und seine Bürger schröpfen)

Wie bei jedem Krieg, spielen für den „Endkampf“ Kosten keine Rolle mehr. Wie es der kleine Kevin ausdrückt, vor allem, wenn man mit dem Gegner Klima ja nicht verhandeln kann. Diese schöne Metapher, die irgend ein „Klimawissenschaftler“ „gefunden“ hat, um für genügend Einfältige zu plausibilisieren, dass man über das Thema auf keinen Fall nochmals nachdenken darf, weil die Zeit zum Denken angeblich vorbei sei. Ein psychologischer Trick, der zumindest in Deutschland scheinbar immer neu funktioniert.

Kühnert: *ich glaube, der entscheidende Satz ist an dieser Stelle wirklich: Mit dem Klima kann man nicht verhandeln. Mit Koalitionspartnern kann man das … muss jetzt gehandelt werden*
Miersch: … *meine Auffassung geht nicht über eine Schwarze Null, sondern als erstes: Was brauchen wir, um solidarisch diese Menschheitsaufgabe des Klimaschutzes stemmen zu können. Und dazu brauchen wir massive Investitionen des Staates …*

Im weiteren Video geht es dann vorwiegend noch darum, dass die exorbitanten Kosten erforderlich sind und das Volk glücklich sein soll (und stolz auf ihre fürsorglichen Politiker), es bezahlen zu dürfen. Das Duo ist auch davon überzeugt, dass es gar keine Merkosten sind. Denn die konventionellen Energien wären ja auch so teuer, wenn man ihnen ihre Folgekosten aufgeschlagen hätte.

Eine Betrachtung, welche immer gängiger wird und für jede beliebige Argumentation taugt. Die konventionellen Energien wären danach in Wirklichkeit viel teurer, obwohl sie den Wald wirklich gerettet haben (zur vorindustriellen Zeit war er fast abgeholzt, weil man mangels Kenntnis über die Kohle seine Energie dringen brauchte und verbrauchte). Sie haben bewirkt, dass wir bequem, gemütlich, im Winter wohlig warm und oft recht passabel versorgt, für frühere Verhältnisse steinalt werden. Und hätte ihr Ausstoß an CO2 wirklich einen merkbaren Anteil an der Erwärmung, wären sie auch noch Stifter der seit der zunehmenden Wärme und CO2-Konzentration explodierenden Ernteerträge.
Trotzdem kommt in Klimafolgen-Schadens-Simulationen immer eine hohe Schadenssumme heraus.

Alles wird gut werden. Wir versprechen es

Einig ist sich das Duo, dass die Energie und das Leben in Deutschland zu billig ist und einfach viel mehr kosten muss (die Idee selbst, stammt aber wohl von den GRÜNEN). Macht aber wirklich nichts aus, denn man braucht in Zukunft vieles gar nicht mehr. Und was man nicht benötigt, reduziert die höheren Kosten. Das kann ja jeder noch selbst rechnen:
Kühnert: … *die Pendlerin … die soll sich darauf einstellen können, dass ihre Mobilität vielleicht in den nächsten 10 Jahren auch durchaus teurer wird. Aber sie kriegt das Versprechen oder soll das Versprechen vom Staat kriegen, dass sie vielleicht in 10 Jahren vielleicht gar nicht*

mehr mit dem Auto zur Arbeit pendeln muss, sondern dass sie auch mal im ländlichen Raum eine Bahnlinie vorfindet mit der man zu vernünftigen Tageszeiten eben auch zur Arbeitsstelle kommt und wieder zurück ...

Gute Proteste und schlechte Proteste

Kühnert: … *wie hat FfF auch eure politischen Debatten beeinflusst?* …
Miersch: … d*urch FfF haben wir… die Klimaschutz ganz ernst nehmen einen enormen Rückenwind und das ist eine gesellschaftspolitische Bewegung … Wir erleben, dass wir vor Ort massiv Bürgerinitiativen gegen Windkraftanlagen haben. Wir werden aber vor Ort als Gesellschaft diskutieren müssen, welchen Weg wir eigentlich nehmen wollen und ohne erneuerbare Energien werden wir diesen Umstieg nicht schaffen. Das heisst, Fff hat aus meiner Sicht dort eine ganz wichtige Bedeutung. ich finde es ist Klasse, dass junge Leute sich derartig engagieren und wir werden dieses Engagement auf allen politischen Ebenen brauchen …*
Kühnert lobt nun FfF und erklärt, dass die Jusos das auch tun werden und gemeinsam mit FfF demonstrieren …

Protest, um mal so richtig „high“ zu sein

In Religionen ist Extase eine gängige Erscheinung und konzeptionell in den Ritus eingebunden, so auch in der Ökokirche:
Die Berliner Autorin Milena Glimbovski schreibt auf Twitter: *Gerade eben noch so high von #Klimastreik und #AlleFürsKlima und jetzt so down von der politischen Realität.*

Genau so schnell stellt sich dann aber tiefe Depression ein, wenn das „high“ verfliegt:
Bernd Ulrich (Politikwissenschaft und Philosophie, Neue deutsche Literatur und Soziologie, zeitweise Büroleiter bei den GRÜNEN) in Zeit Online, Samstag, 21. September 2019: *Analyse*: ***Der Weg der Mitte ist ein abschüssiger Pfad***
… Wer gestern beim Klimastreik am Brandenburger Tor miterlebt hat, mit welcher Erschütterung und Traurigkeit viele junge Leute auf die – aus ihrer Sicht – kaltblütigen Nachrichten aus der Koalition reagierten, der dürfte schwer ins Grübeln kommen.

Wenn das kein Beweis ist

Die Koalition klopft sich nun gegenseitig auf alle Schultern, wie toll ihr Klimapakt geworden ist und dass dies ein Beweis wäre für das Funktionieren der Koalition, gute Sacharbeit und und und.

Man kann es auch anders sehen:
Es ist der Beleg für die Unfähigkeit des Parlaments einer Nation von Dichtern (haben wir für moderne, politisierende Dichtung inzwischen zuhauf) und Denker (solche fehlen an allen Ecken und Enden) bei der Bearbeitung ihrer ureigensten Aufgabe, für nützliche Maßnahmen zu sorgen.

Es wurde nicht mehr zustande gebracht, als wieder ein von ihrer unfehlbaren Kanzlerin vorgegebenes Dekret bedingungslos zu schlucken, die Umsetzung zu beschließen und festzulegen, dass, damit niemand in der Lage ist, doch noch auszubüchsen, ein umfassendes und unausweichbares Controlling und Berichtswesen, verbunden mit immer massiveren Sanktionen aufgebaut wird.
Ehemalige Grenzstaaten hinter Mauern wären froh gewesen, hätten sie schon damals so etwas Perfektes umsetzen können. China wird lächeln, dass nun ein Land im Westen auch ihre neue Überwachungsmethode startet, wenn es erstmals auch nur dazu dient, dass der Staat ganz sicher jeden Cent für jedes Kilogramm CO2 bekommt.

Die neuen (G)Eiferer

Öko-theologischer Fundamentalismus darf sich inzwischen ungehemmt zeigen. Die inzwischen als Jesu Ebenbild angehimmelte „Greta“ ist nur die Speerspitze der Bewegung.

Es beginnt mit dem Versuch, noch zu argumentieren, auch wenn es nur das endlose Wiederholen oft gehörter, aber falscher „Fakten“ ist:
Zeit Online 20. September 2019, ein Kommentar von Alexandra Endres (Journalistin und Volkswirtin)***: Klimaschutz: Sie haben sich wieder nicht getraut***
Klimaschutz muss wehtun. Doch die Bundesregierung erhöht lieber die Pendlerpauschale – und vergeudet durch einen absurd niedrigen CO2-Preis wertvolle Zeit.
Es ist allerhöchste Zeit. Wir stecken mitten im Klimawandel und seine Folgen sind auch in Deutschland spürbar: Starkregen und Überschwemmungen*, Ernteausfälle infolge von Dürresommern – was man früher allenfalls im Urlaub im Süden erlebte, gehört in unseren Breiten inzwischen zum Alltag.*
Inzwischen schwant wohl auch dem letzten Optimisten, dass dies nur die Vorboten sind von noch Schlimmerem. Die jüngsten Erkenntnisse der Klimawissenschaft deuten darauf hin, dass die Erderwärmung viel schneller vonstattengeht *als bislang gedacht. Mit gutem Grund also haben sich die Politiker der großen Koalition seit Wochen mit Vorschlägen überboten, wie sie den Kampf gegen den Klimawandel verstärken wollen. Denn ob die Katastrophe vermieden werden kann, liegt (noch) in unserer Hand.*
Ohne Schmerzen ist Klimaschutz aber nicht zu haben*. In den kommenden Jahrzehnten muss es Deutschland schaffen, die Abhängigkeit von klimaschädlichen Energielieferanten wie Kohle und Heizöl, Diesel, Gas und Benzin drastisch zu reduzieren. Der dafür nötige grundlegende Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft wird sicher ungemütlich. Doch am Ende würden alle gewinnen: durch schönere Städte, sauberere Luft, eine geringere Abhängigkeit von importierter Energie. Und je länger man damit wartet, desto teurer und ungemütlicher wird es.*

Dann gibt es die, welche einfach nur die Wahrheit (über ihre Absichten) sagen:

NZZ im November 2010 in einem Interview:
Prof. EDENHOFER (PIK): *Aber man muss klar sagen: Wir verteilen durch die Klimapolitik de facto das Weltvermögen um. Dass die Besitzer von Kohle und Öl davon nicht begeistert sind, liegt auf der Hand. Man muss sich von der Illusion freimachen, dass internationale Klimapolitik Umweltpolitik ist. Das hat mit Umweltpolitik, mit Problemen wie Waldsterben oder Ozonloch, fast nichts mehr zu tun.*

Und nun kommen die „Brutalen", welche Klimakrieg wörtlich nehmen;
Filmemacher: *Mario Sixtus: … Wenn die Bundesregierung aus Angst vor gewalttätigen Protesten nichtexistierender Gelbwesten auf eine CO2-Steuer verzichtet, die von Wissenschaftlern gefordert wird, ist das eine klare Aufforderung an die bisher friedlichen 1,4 Millionen Klimademonstranten, gewalttätig zu werden ...*

Achgut: *Die Greta-Apokalypse kennt keine Errettung*
… Um die Menschheit zu retten, sind totalitäre Visionen ohne jegliche Scham aussprechbar. So fordert Fridays for Future eine globale, totale Mobilmachung von Ressourcen zur Rettung, und zwar in einem Ausmaß „ähnlich wie zu Kriegszeiten".

Es ist auffallend, dass die Schnittmenge zwischen den Klimahysterikern und der No-Border-Fraktion praktisch 100 Prozent beträgt. Kennzeichnend für diese Bewegungen sind ihre Maximalforderungen, die keine empirische Begrenzung oder noch irgendeinen Bezug zu Realität erkennen lassen. So lautet das Motto der „Extinction Rebellion" denn auch kurz und knapp: „Aufstand oder Aussterben."

Und dann noch „Eliten", wie der Musiker Grönemeyer mit seinem jüngsten Gegröle im Originalstil einer überwunden geglaubten Zeit und einem Satz, den jeder Diktator sofort unterschreiben würde: … *dann liegt es an uns (hier lauter werdend hin zu Geschrei) DANN LIEGT ES AN UNS, ZU DIKTIEREN, WIE NE GESELLSCHAFT AUSZUSEHEN HAT … "*
Wer applaudierte dazu: Unser Außenminister, der sich so etwas täglich wünscht (das hat er mit der Antifa ja bald schon erreicht):

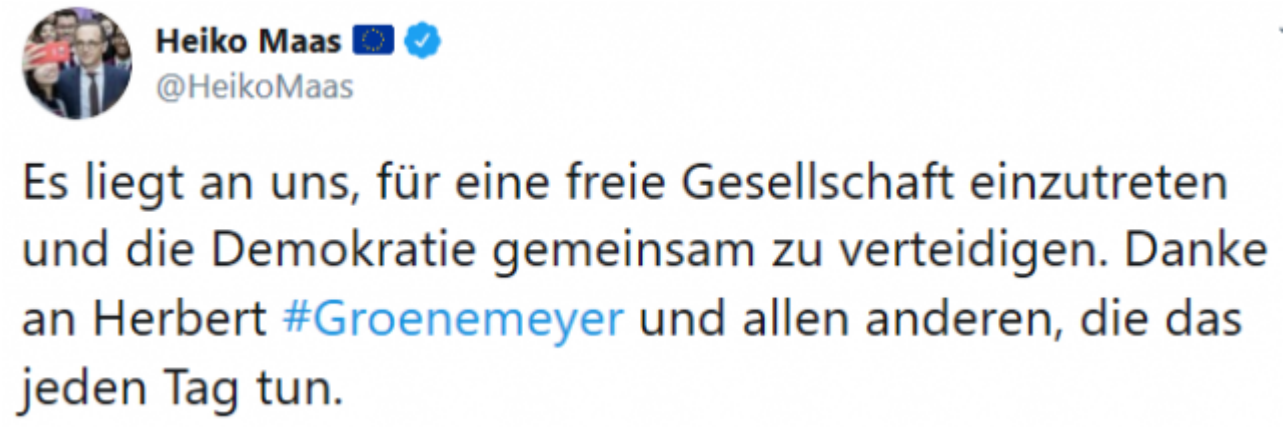


Bild 1 Tweed von H. Maas

Wo kann man sich denn informieren?

Wer bis hierher gelesen hat, weiß es in der Regel.
Doch vielen bleiben solche Informationsseiten „versperrt“, denn: Diese sind räääächts, weil das alle sind, die nicht Frau Merkel, die Unfehlbare und ihre Kriecher bedingungslos anhimmeln oder noch GRÜNER (geht kaum, es geht aber noch dümmer) oder/und bis hin zur Antifa Links sind.

Das weiß auch WIKIPEDIA und der glauben viele alles. Also liest der mündige Bürger auf solchen Portalen aus Prinzip nicht. Das ist keine Ironie, sondern wirklich so, wie Antworten von Redakteuren zeigen:
… Es ist Ihr Recht, sich auf Seiten wie achgut.com zu „informieren“. Aber gehen Sie wirklich davon aus, dass dort die „Wahrheit“ zu finden ist? Explizite Meinungen sind dort sicherlich vertreten, aber seriöse Berichterstattung? Schon 2015 hat der Mitgründer und Herausgeber Michael Miersch sich zurückgezogen, weil: „Er sieht die „Achse“ mehr und mehr in der Hand von „Autoren mit dem großen Verständnis für AfD, Pegida und Co“. Sie werden „durch zahlreiche Leser-Kommentare angefeuert“.“
… haben Sie vielen Dank für Ihre Ausführungen.
Was mich wundert, ist, dass Sie sich stets auf EIKE beziehen, wo Sie ja auch engagiert sind. Dass es ernsthafte Zweifel an der Seriosität von EIKE gibt, ist Ihnen gewiss bekannt. Ebenso der Wikipedia-Eintrag, siehe …
Nur von der dpa versorgte Postillen – und das sind in Deutschland fast alle – sind zulässig. Denn einzig die dpa hat das Wahrheitssiegel vom Bundespräsidenten verliehen bekommen, der es in seiner Rede zum 70jahre-Festakt der dpa aussprach: *„Fakten sind Fakten, wenn sie von der dpa gemeldet werden“*
Man könnte nun fragen, ob diese etwas sybillische Aussage wie beim römischen Papst zu verstehen ist. Dieser spricht nur dann Gottes unfehlbare Wahrheit aus, wenn er es auch in diesem Sinn verkündet. Stellen Theologen hinterher fest, dass es ein Versehen und gar nicht in diesem Sinn gesprochen war, hat er auch nicht die Unwahrheit gesagt. Logik kann so einfach sein.

Welche Quellen gibt es noch? Beispiel:
Im Städtchen des Autors sind mehrere Klimabewegungen aktiv. Einige machen eine gemeinsame Informationsveranstaltung:
Vier Generationen von Frauen diskutieren am xxxx unter dem Motto: „Fridays for Future – nach uns die Sintflut“. Teilnehmerinnen sind … GRÜNEN-Landtagsabgeordnete (Fachwirtin für Sprachen/Betriebswirtschaft, Studium der Soziologie,), Schülerin und FfF-Aktivistin xxx , Prof. Dr. xxx (Fakultät soziale Arbeit und Gesundheit), Dr. xxx, Sprecherin von „Families for Future“ (wissenschaftliche Mitarbeiterin mit den Schwerpunkten Kinder- und Jugendarbeitsforschung, Medien- und Schulpädagogik).
Das Ergebnis dieser Diskussion ist dem Autor leider nicht bekannt.

Mancher (sich vielleicht doch auf EIKE und den anderen, kritisch

eingestellten Portalen informierender) Bürger stellt sich da schon die Frage: Auf welcher Seite der Autobahn fahre ich mit meiner Meinung eigentlich?

Die Industrie weiß die richtige Fahrtrichtung ganz genau

In den Foren lautet oft eine Argumentation: … wenn die … eine technische Ausbildung hätten, würden sie durch Wissen anders handeln.
Aus vielen Diskussionen im Bekanntenkreis – fast alles technisch Studierte – liest der Autor jedoch (leider) heraus: Es liegt nicht an der Ausbildung. Auch Techniker sind in vielen Fällen kritiklos dem AGW-Klimawahn-Glauben verfallen. Häufig in der Konstellation: überdurchschnittlicher Verdienst und ausreichend Geld auf „der Kante". Dazu ein fester Glaube, dass der reiche Westen früher die ganze Welt nur unterdrückt und ihr nur Schlechtes gebracht hat, Deutschland mit dabei, und dass dadurch jeder „Westler" eine Exklusivschuld mit sich trägt. Nun, wo es einem selbst so gut geht, will man für die Welt schon auch mal etwas Gutes tun … Ein paar EUROs kann und sollte dafür doch wirklich jeder abgeben können …

Siemens zeigt auch exemplarisch, wie man das macht: Nicht denken, handeln mit dem Wissen des Ingenieurs.
Mal sehen, wann CEO Kaeser den Gang von Herrn Zetsche wiederholt und auf einem GRÜNEN Parteitag den Delegierten freudig erzählt, was für eine gute, GRÜNE Tat es war, sein veraltetes Kraftwerksgeschäft kaputt gemacht zu haben.

Am Umbau zur weltumspannenden Ökodiktatur arbeitet man auch ganz weit oben

Achgut: *„ Globaler Umweltpakt" vorerst gescheitert*
Weniger bekannt ist ein ähnliches Vorhaben, an dem eine internationale Juristengruppe seit 2017 arbeitet. Der sogenannte „Globale Umweltpakt" gilt als Herzensprojekt des französischen Präsidenten Emmanuel Macron und wird auch vom UN-Generalsekretär Antonio Guterres unterstützt.
Auf der Website der Initiative findet man in deutscher Sprache einen „Vor-Entwurf" für das Abkommen. Das Dokument aus dem Jahr 2017 enthält ein Bündel an Maßnahmen, etwa eine Stärkung des Verursacherprinzips, indem künftig jene die Kosten für die Prävention und Sanierung von Umweltschäden tragen müssen, die dafür verantwortlich sind. Enthalten ist auch ein schwammiges „Recht auf eine ökologisch gesunde Umwelt", außerdem soll „jeder Staat oder jede internationale Institution, sowie jede natürliche oder juristische Person öffentlichen oder privaten Rechts" dazu verpflichtet werden, die Umwelt zu schützen. Dabei gilt offenbar die Losung „vorwärts immer, rückwärts nimmer", denn der Entwurf sieht auch ein sogenanntes „Rückschrittsverbot" vor, das die Abschwächung bereits geltender Umweltregelungen unterbindet.
*… **Auch darf etwaiges „Fehlen von wissenschaftlicher Gewissheit" kein Grund sein, Maßnahmen zum Umweltschutz aufzuschieben** … Nun ist das Vorhaben jedoch offenbar ins Stocken geraten …*

Jeder weiß: Solche Organisationen geben und hören nicht auf. Und irgendwann ist es geschafft. Es gibt mit Sicherheit ein Land, welches sich dann eisern, vorbildlich und vorbeugend daran hält …

Quellen

[1] Video Youtube: A*uf einen Kaffee mit Kevin Kühnert Folge 17 Klimapolitik im Gespräch mit Dr. Matthias Miersch*

[2] Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.: *Die freiwilligen Selbstverpflichtungen des Pariser Klimavertrags*

[3] EIKE 04.10.2016: *Klimavertrag von Paris im Bundestag erreicht 100 % Zustimmung. Die DDR Volkskammer lässt grüßen*

[4] EIKE, 22.03.2017: *Klimamönche*, alternativ: die Klimaelite unserer Behörden*

[5] Tichys Einblick, 20. Sept. 2019: Klimapaket: Pillepalle für Grünwesten, Zumutung für Gelbwesten

[6] The European 19.09.2019: *Frau Merkel, Regierungserklärung*

[7] EIKE 17.09.2019: *SZ: Bauernaufstand (Teil 2)*

[8] EIKE 16.09.2019: *SZ: Bauernaufstand (Teil 1)*

[9] EIKE 05. August 2019: *„Gekonnte“ Statistik zeichnet sich dadurch aus, dass immer beweisbar ist, was bewiesen werden soll. Oder: Ein Beweis, dass es die mittelalterliche Wärmeperiode nicht gab*

[10] Spiegel Online 38/2019: Steinmeier fordert von GroKo Durchbruch beim Klimaschutz

[11] Tichys Einblick: Das Jucken und der Öko-Mob

[12] EIKE 03.11.2017: *Das Wochenende, an dem die Welt (wieder) begann unterzugehen*

[13] EIKE: *Änderungen des Meeresspiegels und Klima auf Fidschi: totale Falschinformationen von COP23*

[14] Spectrum der Wissenschaft, Juni 2015, S68 ff: „Sind Inselstaaten akut gefährdet?“
Zitat: … *Tendenziöse Berichterstattung*
… Die Medien vermitteln den Eindruck, Kiribati sei am Versinken, weil sie die Fakten einseitig wiedergeben. Fast jede Story über die Inseln bringt ein Foto oder Video von Bikenikoura, einem schmalen Sandstreifen mit Küstenmangrovenwald, der bei Hochwasserständen teilweise überflutet wird. Dorthin schickt die mit Anfragen überhäufte Regierung von Kiribati all die vielen Journalisten und Amtsinhaber wie UNO-Generalsekretär Ban Ki-Moon, die den Anstieg des Meeresspiegels „sehen“ wollen.

„Es ist unser Vorzeigeobjekt“ sagt Rimon. Die Besucher beobachten, wie das Wasser in die „Maneaba“, die Versammlungshütte der dortigen Gemeinde, kriecht, und kehren zurück mit der Geschichte von einem Land, das vom Meer verschluckt wird …
In diesem Artikel wird auch detailliert beschrieben, dass Landgewinnungsmaßnahmen und Dammbauten früherer Zeiten scheiterten und deshalb der Eindruck eines untergehenden Atolls entstehen kann.